

Der Landrat

Beratungsunterlage 2016/110

Kreissozialamt
Dangelmayr, Rudolf
07161 202-603
r.dangelmayr@landkreis-goeppingen.de

Beratungsfolge	Sitzung am	Status	Zuständigkeit
Sozialausschuss	28.06.2016	öffentlich	Kenntnisnahme

Kommunale(r) Behindertenbeauftragte(r) für den Landkreis Göppingen

I. Beschlussantrag

Kenntnisnahme.

II. Sach- und Rechtslage, Begründung

Im Zusammenhang mit der Planung des Kreishaushalts 2016 hat die CDU-Fraktion einen Bericht zur geplanten Konzeption und Ausgestaltung der Stelle einer/eines kommunalen hauptamtlichen Behindertenbeauftragten beantragt.

Gemäß der Empfehlung durch den Sozialausschuss am 29.09.2015 (vgl. SozA 2015/26) wurde eine Vollzeitstelle für diese Funktion in Entgeltgruppe TVöD 10 fest im Stellenplan verankert.

Das Ausschreibungs- und Bewerbungsverfahren für eine(n) hauptamtlichen Behindertenbeauftragte(n) für den Landkreis Göppingen ist gestartet. Die Arbeitsstelle wird im Laufe des Jahres 2016, frühestens zum 01.08.2016 besetzt werden.

Die Aufgabenbeschreibung bzw. das Anforderungsprofil im Ausschreibungstext des Landkreises für eine(n) kommunalen Behindertenbeauftragte(n) greifen die Anforderungen des Landesbehindertengleichstellungsgesetzes sowie die Anforderungen der "Verwaltungsvorschrift des Sozialministeriums zur Kostenerstattung und Zuwendungsgewährung für Beauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderungen bei den Stadt- und Landkreisen (VwV kommunale Behindertenbeauftragte)" auf und wurden mit dem Kreisbehindertenring abgestimmt:

Aufgabenbeschreibung:

- Ansprechpartner/in und Ombudsfrau/Ombudsmann für Menschen mit Behinderung
- Koordination der kommunalen Ansprechpartner [bei den Städten und Gemeinden] für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Landkreis Göppingen
- Zusammenarbeit mit dem Kreisbehindertenring, Selbsthilfeorganisationen und Betroffenen
- Entwicklung von Ideen und Initiativen zur Umsetzung von Inklusion im Sinne

- der UN-Behindertenrechtskonvention
- Beratung von Kreispolitik und Kreisverwaltung im Hinblick auf die UN-Behindertenrechtskonvention
- Stellungnahmen zu Vorhaben des Landkreises soweit diese die spezifischen Belange von Menschen mit Behinderung betreffen
- Berichterstattung im Kreistag, Öffentlichkeitsarbeit

Anforderungsprofil:

- abgeschlossenes Studium bzw. vergleichbare Qualifikation mit beruflicher Erfahrung in Bereichen, die für Menschen mit Behinderung von Bedeutung sind
- persönliche, soziale oder berufliche Erfahrung mit Themen, die Menschen mit Behinderung betreffen, sind von Vorteil
- kreative und kontaktfreudige Persönlichkeit mit hoher organisatorischer und konzeptioneller Kompetenz sowie der Fähigkeit zur Vernetzung
- ausgeprägte Kommunikationskompetenz sowie Moderations- und Präsentationskompetenz
- Grundwissen zur UN-Behindertenrechtskonvention

Die/der künftige Behindertenbeauftragte wird innerhalb des Kreissozialamts der Abteilung "Grundsätzliche Angelegenheiten" zugeordnet sein und eng mit der Sozialplanung zusammen arbeiten. Grundsätzlich arbeiten die kommunalen Behindertenbeauftragten gemäß §15 (1) Landesbehindertengleichstellungsgesetz jedoch unabhängig und weisungsungebunden.

Als jährliches Budget für Öffentlichkeitsarbeit oder die Durchführung von Veranstaltungen sind Mittel von 8.500 € vorgesehen.

III. Handlungsalternative

Keine.

IV. Finanzielle Auswirkungen / Folgekosten

Nach Angaben des Hauptamtes belaufen sich die Kosten für eine Vollzeitstelle in Entgeltgruppe 10 TVöD auf ca. 57.000 € pro Kalenderjahr. Hinzu kommen Raumkosten mit rund 3.000 € und laufende Arbeitsplatzkosten mit rund 3.500 € jeweils pro Kalenderjahr.

Zuzüglich eines Sachmittelbudgets von 8.500 €, über das die/der Behindertenbeauftragte jährlich verfügen kann, entstehen dem Landkreis insgesamt jährliche Kosten in Höhe von 72.000 €.

Diese Kosten werden gemäß der "VwV kommunale Behindertenbeauftragte" komplett durch das Land refinanziert.

V. Zukunftsleitbild/Verwaltungsleitbild - Von den genannten Zielen sind berührt:

Zukunfts- und Verwaltungsleitbild	Übereinstimmung/Konflikt 1 = Übereinstimmung, 5 = keine Übereinstimmung				
	1	2	3	4	5
Zukunft der Menschen mit Behinderung	\boxtimes				
Zukunft der Gesundheitsvorsorge und -förderung	\boxtimes				
Themen des Verwaltungsleitbildes nicht berührt					

gez. Edgar Wolff Landrat